

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

CampusCamping
Zum Mühlenteich 4
Potsdam

Freie Demokraten

Landesverband
Brandenburg **FDP**

Potsdam, 15. September 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam

lvbrb@fdp.de
0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

CampusCamping

Frage 1

Planen Sie, den Studierendenwerken des Landes eine Kreditermächtigung zu gewähren, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist?

Antwort der FDP Brandenburg

Genauso wie die Hochschulen leiden auch die Studierendenwerke mit ihren sozialen Angeboten unter Inflation, Energiepreisen und Personalmangel. Wir Freie Demokraten werden konkrete Schritte unternehmen, um die Studierendenwerke in Brandenburg nachhaltig zu stärken und deren Rolle in der sozialen Infrastruktur der Hochschulen zu sichern. Dies umfasst unter anderem die Anpassung der finanziellen Unterstützung.

Frage 2

Die Herausforderungen für Studierende variieren je nach Stadt: In Frankfurt (Oder) ist die Unterbringungsquote hoch, jedoch die Wohnqualität schlecht, während in Potsdam die Unterbringungsquote sehr niedrig ist. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um sowohl Renovierungen als auch Neubauten zu fördern?

Antwort der FDP Brandenburg

Um den Wohnraummangel (auch im studentischen Bereich) zu bekämpfen, muss Bauen endlich schneller, günstiger und unbürokratischer ermöglicht werden. Gesetzliche Vorschriften, überbordende Regelwerke und ständig wachsende Baustandards schrauben die Baukosten unnötig in die Höhe. Die öffentliche Hand ist damit einer der größten Kostentreiber beim Bauen und Wohnen. Das werden wir ändern.

Frage 3

Planen Sie die Einführung einer eigenständigen Förderrichtlinie für studentisches Wohnen oder andere Fördermaßnahmen, um die Studierendenwerke zu unterstützen?

Antwort der FDP Brandenburg

Der Einführung einer eigenen Förderrichtlinie zum studentischen Wohnen stehen wir offen gegenüber. Selbiges gilt für Auszubildende.

Frage 4

Eine Befragung von fast 1600 Studierenden in Potsdam ergab, dass 57% nach Abzug der Warmmiete unter dem Existenzminimum leben. Welche Maßnahmen planen Sie, um sicherzustellen, dass Studium und Armut nicht Hand in Hand gehen?

Antwort der FDP Brandenburg

Aufstieg durch Bildung ist eines unserer zentralen Anliegen. Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb haben wir das BAföG in mehreren Reformschritten noch besser, einfacher und flexibler gemacht. Schon zum kommenden Wintersemester steigen die Bedarfssätze um 5 Prozent, der Wohnkostenzuschlag wird von 360 auf 380 Euro erhöht und die Elternfreibeträge steigen um 5,25 Prozent an. Wir bringen außerdem eine Reihe von strukturellen Verbesserungen auf den Weg: So führen wir erstmals eine Studienstarthilfe für Kinder von Eltern mit wenig Geld ein, ermöglichen ein Flexibilitätssemester und vereinfachen den Fachrichtungswechsel. Damit sind die Bedarfssätze in dieser Legislatur insgesamt um 11, der Wohnkostenzuschuss um 17 und die Freibeträge um 27 Prozentpunkte gestiegen. Mit Kinderbonus, Heizkostenzuschüssen, Einmalzahlung 200 und günstigerem Semesterticket haben wir junge Menschen zusätzlich entlastet. Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, um mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung zu schaffen.

Frage 5

Auf dem deutschen Immobilienmarkt gibt es erhebliche Probleme mit Geldwäsche. Laut einem Bericht der Organisation Transparency International fließen etwa 15 Milliarden Euro jährlich in Deutschland in Geldwäsche. Planen Sie auf Landesebene Maßnahmen, um gegen diese Problematik vorzugehen?

Antwort der FDP Brandenburg

Finanzkriminalität darf keine Zukunft in Deutschland haben. Geldwäsche, illegale Finanzströme oder die Umgehung von Sanktionen schaden uns allen. Wir unterstützen daher die von Christian Lindner (FDP) vorangetriebene Gründung eines Bundesamts zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), um schlagkräftiger gegen die international organisierte Finanzkriminalität vorzugehen. Durch die Bündelung von Schlüsselkompetenzen, der konsequenten Verfolgung der Geldspur, der Priorisierung der Geldwäschebekämpfung, dem Einsatz modernster Technologien, einem besseren Register sowie der effizienteren Geldwäscheaufsicht im Nichtfinanzsektor (insbesondere Immobilien, aber auch Güterhandel oder Glücksspiel) wird die Ermittlungstätigkeit auf eine neue Stufe gehoben. Diese Bemühungen des Bundes müssen auf Landesebene flankiert werden.